

## Zur Wirtschaftsordnung eines freiheitlichen Sozialismus

Seit dem Kölner Kongreß der Sozialdemokraten zu Beginn dieses Jahres ist die Diskussion um eine sozialistische Wirtschaftspolitik neu entbrannt. Wir wollen hier den Versuch machen, einzelne Elemente einer sozialistischen Wirtschaftspolitik im Zusammenhang zu skizzieren.

Stellen wir die Frage, was denn heute eigentlich das Ziel des Sozialismus sei, so kann es darauf nur eine wertbestimmte Antwort geben, die im Bereich der Wirtschaft, der Sozialordnung, des Staates von Fall zu Fall präzisiert werden muß. Geht man von *Marx* aus, ließe sich sagen: Das Ziel des Sozialismus bleibt die Aufhebung der Selbstentfremdung des Menschen in dem Sinn, den Menschen die äußeren Voraussetzungen zu ihrer Selbstverwirklichung zu bieten, d. h. ihnen Freiheit und Sicherheit schaffen und erhalten zu helfen. Wenn die Gerechtigkeit ein Leitstern menschlichen Denkens und Handelns sein soll, dann läßt sich Sozialismus in einem weiteren Sinn am treffendsten mit dem *Heimannschen* Begriffspaar kennzeichnen: Freiheit und Ordnung in einer optimalen Kombination zu verwirklichen. Dieses Ziel zu konkretisieren und zu erreichen, ist wesentlich Aufgabe einer sozialistischen Wirtschaftsordnung.

Dieser geht es, zunächst allgemein gesagt, um die Bereitstellung von Gütern zur Befriedigung der lebensnotwendigen Bedürfnisse aller, um die Vollbeschäftigung, eine gerechte Einkommensverteilung, die Demokratisierung der Wirtschaft und die Aufrechterhaltung oder Erweiterung der individuellen Grundrechte, wie der Freiheit der Berufswahl, der Konsumfreiheit oder der Freizügigkeit.

Eine sozialistische Wirtschaft steht wie jede Wirtschaft zuerst einmal vor der Aufgabe, in Umfang und Art der Produktion den Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden. Der Unterschied zur kapitalistischen Wirtschaft liegt darin, daß sowohl in der Produktionsordnung als auch in der Verteilungs- und Arbeitsordnung sozialistische Ziele und entsprechende Methoden zur Geltung kommen sollen.

Die *Vollbeschäftigung* meint nicht, daß eine hundertprozentige Beschäftigung aller Arbeitsfähigen erreicht werden soll. Vollbeschäftigung ist dann gegeben, wenn sich die Arbeitslosigkeit auf die durch Arbeitsplatzwechsel und auf die jahreszeitlich bedingte Saisonarbeitslosigkeit beschränkt und 2 bis 3 vH der Erwerbstätigen nicht übersteigt. Worauf es einer sozialistischen Vollbeschäftigungspolitik ankommt, ist die Überwindung der strukturellen und zyklischen Arbeitslosigkeit. Die Bedeutung einer Vollbeschäftigungspolitik liegt in der Möglichkeit einer „besseren Ausnutzung der Produktionsfaktoren zugunsten des materiellen Wirtschaftseffekts“ (*Ortlieb*) und muß unter diesem Gesichtspunkt im Zusammenhang mit der notwendigen Sicherung der Bedarfsdeckung und dem dazu erforderlichen Produktionsvolumen gesehen werden.

Eine zweite wesentliche Aufgabe der Vollbeschäftigung liegt in ihrer zentralen Bedeutung für die Sicherung eines Arbeitsplatzes für jeden Arbeitsfähigen. Sie will die „industrielle Reservearmee“ beseitigen und den Menschen die Furcht vor dem in der kapitalistischen Wirtschaft oft drohenden Schicksal der Arbeitslosigkeit nehmen. Darüber hinaus schafft die Vollbeschäftigung im Bereich der Wirtschaft, und das ist ihre dritte Funktion, eine wesentliche Voraussetzung zur Überwindung der Klassengesellschaft: Bei einer Ergänzung durch eine entsprechende Reform des Ausbildungswesens mit dem Ziel, die Wahl eines Berufes von Besitz und Herkunft unabhängig zu machen, gibt sie jedem arbeitenden Menschen die gleiche Chance, einen seinen Leistungen und Fähigkeiten entsprechenden Beruf zu wählen.

Daneben liegt in einer *gerechten Einkommenspolitik* eine zweite Möglichkeit, die Klassengesellschaft einzuebnen. Die Einkommensverteilung in der sozialistischen Wirtschaft wird sich zunächst an der „wechselnden Nützlichkeit und Seltenheit der Leistung“

(Heimann) orientieren müssen. Eine Gleichschaltung der Einkommen verbietet sich schon aus der Überlegung, Leistungsanreize bestehen lassen zu müssen. Aber das Leistungsprinzip allein genügt nicht, um eine gerechte Einkommensverteilung zu erreichen, denn auch die Leistung ist ja nicht ausschließlich ein Ergebnis persönlicher Anstrengungen, sondern ebenso sehr abhängig von der Begabung eines Menschen, die ihm nicht, als persönliches Verdienst, als Leistung zugerechnet werden kann. So wird das Leistungsprinzip eingeschränkt werden müssen durch eine gewisse Nivellierung der Einkommen, die ihren Ausdruck neben der Beseitigung bzw. Beschneidung der Kapitalgewinne in einer Herabsetzung der Spitzengehälter oder auch in einer Ausdehnung unentgeltlicher Leistungen finden könnte, z. B. durch die Übernahme der Kosten für die Ausbildung der Kinder, für einen allgemeinen Gesundheitsdienst oder andere Maßnahmen durch die Gesellschaft.

Die vierte Aufgabe einer sozialistischen Wirtschaftsordnung wäre die *Demokratisierung der Wirtschaft*. Darunter wird heute dreierlei verstanden: Einmal die Forderung nach einer Beseitigung der durch das Eigentum an den Arbeitsmitteln gegebenen Vormachtstellung der Produktionsmittelbesitzer durch Sozialisierung oder Mitbestimmung, zum anderen der Anspruch auf betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft mit dem Ziel, eine den besonderen Gegebenheiten der Wirtschaft entsprechende Ergänzung der politischen Demokratie zu erreichen, und zum dritten der Einbau demokratischer Organisationsformen in die Wirtschaft selbst. „Die Wirtschaftsdemokratie hat somit einen doppelten Aspekt gewonnen. Einmal geht es dabei wie früher um den ‚Abbau des Kapitalismus‘ durch Demokratisierung der Wirtschaft, zum anderen handelt es sich um den Einbau demokratischer Organisationsformen in ein planwirtschaftliches System, damit eine Entartung der Gemeinwirtschaft in staatliche Wirtschaftsdespotie verhindert wird“ (Ortlieb).

Mit der Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft ist die letzte Aufgabe einer sozialistischen Wirtschaftsordnung angesprochen: Die *Sicherung der individuellen Grundrechte*. Die Tatsache, daß heute die Grundrechte, soweit sie im Bereich der Wirtschaft wirksam werden können, zum zentralen Bestandteil des Ordnungsbildes einer sozialistischen Wirtschaft geworden sind, ist ein Schlüssel zum Verständnis modernen sozialistischen Wirtschaftsdenkens.

#### *Die Eigentumsordnung*

Wenden wir uns nach dieser kurzen Erörterung der Aufgaben einer sozialistischen Wirtschaftsordnung den Ordnungsmitteln zu, die zur Erreichung der gekennzeichneten Ziele angewandt werden können. Wir wollen dabei in Anlehnung an *Mackenroth* eine Gliederung in Teilordnungen verwenden, die eine Darstellung der einzelnen Ordnungsmittel erleichtert. Die einzelnen Teilordnungen müssen selbstverständlich als ein historisch-soziologisches Ganzes gesehen werden. Mackenroth unterscheidet: Eigentums-, Produktions-, Arbeits-, Koalitions- und Verteilungsverfassung. Uns sollen hier vor allem die Eigentums- und die Produktionsordnung interessieren.

Beginnen wir mit der *Eigentumsordnung*. Marx sah in der Vergesellschaftung der Produktionsmittel den entscheidenden Übergang von der kapitalistischen in die klassenlose sozialistische Gesellschaft. Eine sozialistische Gesellschaft kann aber nicht durch einen nur formalen Eigentumswechsel bewirkt werden, weil dadurch nicht eo ipso auch die bestehenden Herrschaftsverhältnisse umgestaltet werden, und weil es außerdem andere Methoden der Ausbeutung gibt, die unabhängig von der Eigentumsordnung weiterbestehen können. Der Eigentumsfrage kommt daher im Ordnungsbild der freiheitlichen Sozialisten nicht mehr die beherrschende Stellung zu wie in früheren Zeiten. Sie wird nicht mehr isoliert betrachtet, sondern im Zusammenhang mit der Produktions- und Verteilungsordnung gesehen. Es lassen sich in der gegenwärtigen Diskussion fünf Argumente

unterscheiden, die für die Sozialisierung vorgebracht werden: Die Brechung der politischen Vorherrschaft, die von wirtschaftlichen Interessengruppen ausgeübt wird; die Sozialisierung zur Beseitigung ungerechtfertigter Kapitalgewinne; die Verwirklichung einer Wirtschaftsdemokratie; die Steigerung des Sozialproduktes durch Verbesserung der Produktivität und Erhöhung der Rentabilität in den sozialisierten Betrieben; Sozialisierung als Mittel der Produktionslenkung.

Beachtung darf wohl vor allem dem ersten Argument, also der Forderung nach Beseitigung einer politischen Vorherrschaft mittels der durch das Eigentum gegebenen *Verfügungsmacht* über die Produktionsmittel, geschenkt werden. Die Erfahrungen mit Antimonopolgesetzgebungen und die Tatsache, daß in manchen Wirtschaftszweigen eine unvermeidliche Monopolstruktur gegeben ist, haben deutlich gemacht, daß die Frage des Monopoleigentums allein auf dem Wege der Gesetzgebung nicht lösbar ist, da den Monopoleigentümern neben der Möglichkeit des Einsatzes ihrer wirtschaftlichen Macht und der indirekten Einflußnahme auf das Parlament und die Gesetzgebung in jedem Fall der Ausweg geheimer Abreden bleibt und man ihre Herrschaft folglich nur durch Sozialisierung brechen kann. *Alfred Weher* fordert deshalb, alle die Wirtschaftszweige in die Sozialisierung einzubeziehen, „in denen die Kapitalkonzentration und die Organisationsentwicklung zu Monopolen oder monopolnahen Formen geführt haben“. Das sind in erster Linie die Grundstoff- und Schlüsselindustrien.

Mit der Forderung nach Sozialisierung dieser Industrien ist gleichzeitig gesagt, daß eine Sozialisierung nicht ausgedehnt werden soll auf die Wirtschaftszweige, in denen noch Individualeigentum an den Arbeitsmitteln besteht, wie vielfach in der Landwirtschaft oder im Handwerk, oder in denen die Gefahr des Mißbrauchs in irgendeiner Form nicht gegeben ist bzw. durch eine entsprechende Mitbestimmung neutralisiert werden kann. Gemeineigentum und Privateigentum sollen also nebeneinander bestehenbleiben.

Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Frage, auf welche Weise eine Sozialisierung vor sich gehen soll. *Mackenroth* nennt drei mögliche Wege: den marktwirtschaftlichen Erwerb von Gemeineigentum, der jedoch nur begrenzt möglich wäre; die Enteignung mit oder ohne Entschädigung; den Weg der Umbildung der dem Privateigentumsinstitut eingeräumten Verfügungsmacht, wobei es sich nicht im eigentlichen Sinne um eine Sozialisierung handeln würde, sondern um eine Beschränkung der Verfügungsmacht unter gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Welcher Weg zu bevorzugen ist, dürfte eine Frage der Zweckmäßigkeit sein.

Interessant aber ist weiter die Frage, wie die sozialisierten Betriebe organisiert und in den Gesamtrahmen der Wirtschaft eingebaut werden sollen. Das ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt einer wünschenswerten Produktivitätssteigerung in den sozialisierten Industriezweigen wichtig, sondern bekommt seine besondere Bedeutung durch die Notwendigkeit, Machtmißbräuche zu verhindern und die Herrschaftsordnung, in den Betrieben anders zu gestalten. Der Gefahr der Bürokratisierung kann zunächst durch eine *dezentralisierte Verwaltung* der sozialisierten Betriebe begegnet werden. *Alfred Weber* schlägt zu diesem Zweck eine „freikorporative sozialistische Unternehmensbildung“ vor und fordert, daß die sozialisierten Betriebe „frei nebeneinanderstehende und aus den alten Konzern- und Kartellverflechtungen herausgestellte sozialistische Marktgebilde“ sein sollen, die in ein planwirtschaftliches System eingefügt werden können. *Weber* sieht daneben in einer Dezentralisation der sozialisierten Betriebe die einzige Chance, die Macht der Bürokratie zu beschränken und Unternehmungen zu scharfen, die für den Arbeiter als Ganzes noch überschaubar sind, damit einer wirklichen Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft zugänglich bleiben und durch die Art ihrer Organisation und Arbeitsweise dazu beitragen, dem einzelnen wieder eine unmittelbare Beziehung zu demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten zu geben.

*Die Produktionsordnung*

Das Schwerkraft innerhalb eines Ordnungsbildes einer sozialistisch orientierten Wirtschaft aber liegt heute auf der Produktionsordnung, weil es von ihrer Gestaltung und ihrem Funktionieren weitgehend abhängt, ob die Ziele der Bedarfsdeckung, der Vollbeschäftigung, der gerechten Einkommensverteilung und der Sicherung der individuellen Grundrechte erreicht werden können. Aus der Notwendigkeit, die innerhalb einer sozialistischen Produktionsordnung anzuwendenden Mittel an diesen Zielen zu orientieren, ergibt sich, daß die Produktionsordnung planmäßig aufgebaut und gestaltet werden muß, um die genannten Aufgaben lösen zu können. Die Frage ist, ob das unter Beibehaltung einer marktwirtschaftlichen Ordnung geschehen kann oder nicht.

Alfred Weber spricht von einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ und bringt damit bereits zum Ausdruck, daß eine Lenkung der Wirtschaft im sozialistischen Sinn keineswegs die Aufhebung des Marktes zur Voraussetzung oder Folge hat. In jeder modernen arbeitsteiligen Wirtschaftsordnung ist die Geld- und Preisrechnung ein wesentlicher Bestandteil. Dazu kommt, daß auch in einer sozialistischen Wirtschaft die Möglichkeiten der Produktion knapp sein werden im Verhältnis zu den Bedürfnissen der Menschen. Man wird also auch in einer solchen Wirtschaft eine rationelle Verteilung der Produktionskräfte anstreben, man wird wirtschaften müssen. Daraus ergibt sich für die Einzelbetriebe die Notwendigkeit, einen „einheitlichen Maßstab zum Vergleich von Aufwand und Ertrag zu haben, den ihnen bisher das Geld bot bzw. die in Geld sich ausdrückenden Preise“ (Ortlieb). Soll der Preis aber die Wirtschaftlichkeit der Gesamtproduktion ermöglichen, dann muß die Preisgestaltung der tatsächlichen Knappheitslage in den einzelnen Bereichen der Wirtschaft entsprechen. Eine solche Preisgestaltung hätte eine sozialistische Wirtschaft anzustreben. Die Ausschaltung monopolistischer und spekulativer Tendenzen erleichtert die Lösung dieses Problems.

Sollen also die Preise als Grundlage der Wirtschaftsrechnung bestehenbleiben, so wird doch die Preisgestaltung in einer sozialistischen Wirtschaft eine andere sein als in der kapitalistischen Wirtschaft. Die Dringlichkeit des Bedarfs wird nicht mehr uneingeschränkt von den Wünschen der kaufkräftigen Konsumenten bestimmt, sondern der deckungswürdige Bedarf ist ein anderer und führt somit zu einer veränderten Bewertung der einzelnen Güter.

Der Preisautomatismus mit „seinem logisch und ethisch willkürlichen Charakter“ (Mackenroth) wird abgelöst durch eine planmäßige Gestaltung der Produktion an Hand eines Produktionsplanes und durch eine damit verbundene Bestimmung der Kapitalbildung und der Investitionslenkung nach Umfang und Richtung. Diese Planung wird die Aufgabe haben, „gesamtwirtschaftlich notwendige Produktionen und Produktionsmethoden einzelbetrieblich möglich zu machen, indem durch Beeinflussung der Kosten oder Erträge oder durch Subventionen die Rentabilität der gewünschten Handlungen für die Einzelbetriebe gesichert ist“ (Ortlieb). Die Notwendigkeit zu einer solchen Lenkung ergibt sich aus der Aufgabe einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, die Krisen der kapitalistischen Wirtschaft mit ihrer Überproduktion, ihren Kapitalfehlleitungen und ihrer Arbeitslosigkeit dauerhaft zu überwinden. Die Ablösung des Preisautomatismus und die an seine Stelle tretende planmäßige Kapitalbildung und Investitionslenkung soll somit nicht gleichbedeutend sein mit einer Abschaffung des Preises als Knappheitsmesser, sie bedeutet also nicht „einfach Freiheit des Marktes oder Zerschlagung des Marktes, sondern Einbau des Marktes in einen Plan und Lenkung des Marktes durch diesen Plan“ (Heimann).

Wir wollen an dieser Stelle die Frage aufgreifen, welche Funktion der Einzelbetrieb in einer sozialistischen Produktionsordnung haben, wie er in den Produktionsplan eingepaßt werden soll. Man kann, um die Gliederung Mackenroths zu verwenden, zunächst

einen zentralistischen oder einen dezentralisierten Aufbau der Produktionsordnung ins Auge fassen. Da die möglichen Gefahren insbesondere hinsichtlich der Erhaltung der individuellen Freiheiten bei einer zentralistischen Organisation der Wirtschaft zu groß erscheinen, müssen wir uns darauf konzentrieren, eine möglichst zweckmäßige Art der dezentralisierten Organisation zu entwickeln. Die Produktion bleibt dabei in jedem Fall selbständig bilanzierenden Einheiten vorbehalten, die auf eigene Rechnung produzieren und an Kostenrechnung gebunden sind. Die bilanzierenden Einheiten müssen jedoch an einem gemeinsamen Verhaltensprinzip — eben an der Zielsetzung des Produktionsplanes — orientiert sein, ihr Verhalten muß mit bestimmten Werten in den Gesamtplan eingesetzt werden können.

#### *Voraussetzungen der Wirtschaftslenkung*

Wichtig ist, welche Konsequenzen eine so geartete Gesamtlenkung der Wirtschaft für die Freiheit des einzelnen mit sich bringen kann. Sicher kann die Freiheit der Konsumwahl, der Berufswahl und die Wahl des Arbeitsplatzes für jeden auch in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung nicht maximal verwirklicht werden. Aber wenn diese Freiheiten nicht nur formal, sondern tatsächlich gegeben sein sollen, dann haben sie ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Sicherheit zur Voraussetzung. Wirtschaftliche Sicherheit und individuelle Freiheit können nicht unabhängig voneinander gesehen werden und wirken wechselseitig aufeinander ein. Die individuellen Freiheiten können zudem nicht losgelöst von dem legitimen Anspruch des anderen auf die gleichen Rechte gesehen und gefordert werden, und somit ist die relative Freiheit aller nicht denkbar ohne wirtschaftliche und politische Sicherheit. Es geht bei der Erörterung der Freiheit nicht darum, ihre absolute Realisierung zu fordern, sondern eine Verbindung zwischen Freiheit und Sicherheit zu finden. Der Freiheit der Konsumwahl kann man dadurch Rechnung tragen, daß man den kollektiven Bedarf in der Planung nicht zu hoch ansetzt, und die Freiheit der Berufswahl kann durch eine individuelle Berufsberatung und eine entsprechende Nachwuchssteuerung weitgehend mit den Planzielen der Wirtschaft in Einklang gebracht werden.

Der Dringlichkeit des Bedarfs wird zunächst eine Dringlichkeitsskala der Investitionen entsprechen müssen, die in ihrem Aufbau Möglichkeiten und Umfang der Kreditzuführung berücksichtigen muß. Neben einer Planung der öffentlichen Investitionen wird eine Kontrolle des Volumens der privaten Investitionen ebenso notwendig sein wie eine Stabilisierung des allgemeinen Investitionsniveaus.

Eine Lenkung der Wirtschaft in dem skizzierten Sinn hat jedoch einiges zur Voraussetzung. Es wird ein Planungsinstrument geschaffen werden müssen, weil eine Planung ohne einen entsprechenden Apparat nicht denkbar ist. Wie eine solche Planungsbehörde im einzelnen beschaffen sein soll, ist ebenso wie die Wahl der Lenkungsmittel eine Zweckmäßigsfrage. Entscheidend wichtig ist dabei nur, daß dieser Apparat mit hochqualifizierten Menschen besetzt und daß die Gefahr einer Machtkonzentration in der Planungsbürokratie vermieden wird. Unter diesem Gesichtspunkt kommt einem dezentralisierten Aufbau der Wirtschaft ebenso große Bedeutung zu wie einer überbetrieblichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer, ob sie sich nun in Wirtschaftsräten auf den verschiedenen Ebenen oder in einer umgestalteten Selbstverwaltung der Wirtschaft ausdrückt.

Von besonderer Bedeutung wird in einer sozialistischen Wirtschaft die Frage sein, wie eine Steigerung der Produktivität nicht nur durch Rationalisierung und Standardisierung, sondern auch von der Leistungsseite her gewährleistet werden kann. Obwohl das Ziel einer sozialistischen Ordnung nicht im technisch erreichbaren Maximum der Gütererzeugung liegen, sondern ebensowohl eine Zufriedenheit der Menschen mit ihrer Arbeit anstreben sollte, wird auf Leistungsanreize kaum verzichtet werden können. Dieser Tatsache soll auf verschiedenen Wegen Rechnung getragen werden. Eine sozialistische Einkommens-

politik strebt zunächst allgemein nach einem gerechten Leistungslohn, also nach einer Differenzierung der Einkommen. Daneben kommt einer den Ergebnissen der empirischen Soziologie Rechnung tragenden Gestaltung der Arbeitsbeziehungen in den Betrieben eine außerordentliche Bedeutung zu. Im Interesse einer Leistungssteigerung wird es dabei vor allem wichtig sein, dem Arbeitnehmer mehr Verantwortung an seinem Arbeitsplatz einzuräumen als bisher und ihm eine neue Beziehung zum Ganzen des Betriebes zu ermöglichen. Der unternehmerischen Leistung wird durch die Beibehaltung des Privateigentums und der Privatinitiative vor allem in den Klein- und Mittelbetrieben und durch die Erhaltung markt- und konkurrenzwirtschaftlicher Formen ausreichender Spielraum verbleiben.

Beachtet werden sollte jedoch bei der Diskussion um die Leistungsfrage auch die Tatsache, daß Leistungen nicht nur mit dem Ziel größtmöglicher materieller Vorteile vollbracht werden können, sondern ihre Antriebskräfte ebensogut in dem Bewußtsein finden können, durch die eigene Arbeit in irgendeiner Form der Gemeinschaft zu dienen und dem persönlichen Leben einen Sinn zu geben.

Sollen also auch in einer sozialistischen Ordnung der Wirtschaft privatwirtschaftliche Unternehmen und Wirtschaftszweige bestehenbleiben, so wird das gemeinwirtschaftliche Element doch stärker als bisher in den Vordergrund treten müssen. Neben den sozialisierten Betrieben werden den Genossenschaften in einer sozialistischen Wirtschaft wichtige Aufgaben zufallen. Auch für die Rationalisierung der Landwirtschaft wird das genossenschaftliche Prinzip in Erwägung gezogen werden müssen. Damit können die selbständigen Kräfte der Wirtschaft gegenüber den staatlichen Bürokratien gestärkt werden, wenn auch die Genossenschaften wie alle anderen Wirtschaftszweige nur Teilaufgaben übernehmen können.

Das Bild von einer sozialistischen Wirtschaftsordnung muß abgerundet werden durch einige Bemerkungen zur sozialistischen Arbeitsordnung. Auch in der sozialistischen Wirtschaft wird ein indirekter Zwang zum Arbeiten bestehenbleiben, und insofern bedeutet Freiheit der Arbeitsordnung nur, „daß es dem einzelnen nach Maßgabe eines herrschenden Lohnsystems freisteht, Ort, Art und Intensität seines Arbeitseinsatzes selbst zu bestimmen“ (Mackenroth).

Die Herausbildung neuer Berufsbilder und sozialer Wertvorstellungen, die den Veränderungen der industriellen Arbeitstechnik angemessen sein müssen, könnte viel dazu beitragen, das Problem der Nachwuchslenkung im besonderen und das der Arbeitsmarktlenkung im allgemeinen zu lösen. Die Möglichkeiten der Berufsberatung und der Arbeitsvermittlungsstellen, die Wünsche des einzelnen in individueller Beratung in den Gesamtplan einzupassen, müssen erweitert werden durch eine breitere Ausbildung junger Menschen mit dem Ziel, ihnen eine größere Berufselastizität zu geben. Schließlich sollte von seiten der Produktionsplanung her durch eine Beschränkung auf Schwerpunktbildungen dazu beigetragen werden, die Freiheit der Arbeitsordnung zu sichern.

Alle diese Ordnungsmittel sind an sich weder gut noch schlecht. Ob sie gut sind, hängt ab von den Voraussetzungen und den Zwecken, für die sie angewandt werden sollen. Diese Mittel können nicht mehr sein als „ein System von Methoden, das die Möglichkeit gibt, je und je in der Auseinandersetzung mit den verschiedenen konstanten und beweglichen Faktoren der Wirklichkeit die konkrete Situation auf ein Koordinatensystem zu beziehen“ (Carlo Schmid). Daraus ergibt sich, daß ein sozialistisches Ordnungsbild von der Wirtschaft niemals monistisch oder dogmatisch sein kann, weil die eingesetzten Mittel immer nur Funktionen der Ziele sein werden. Die Entscheidung über die Ziele aber kann nicht unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten getroffen werden, sie muß der Option aller Staatsbürger vorbehalten bleiben.